

16.53

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zur vorliegenden Regierungsvorlage darf ich hier zunächst einmal festhalten, dass es damit zu wesentlichen Verbesserungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Baubereich kommt. Die Grundlage dieser Regierungsvorlage bildet eigentlich eine Einigung der Sozialpartner, und da zeigt sich, dass konstruktive Gespräche und sehr intensive Verhandlungen innerhalb der Sozialpartnerschaft sehr gute Ergebnisse bringen. Ich darf mich an dieser Stelle bei meinem Kollegen Beppo Muchitsch bedanken, der da federführend die Gespräche geführt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Nun darf ich mich mit dem Tagesordnungspunkt 5 ganz kurz auseinandersetzen. Darin wird gefordert, dass im Sinne der gemeinsamen Prüfung lohnabhängiger Abgaben (GPLA) Umqualifizierungen von Selbständigen zu Unselbständigen nicht gegen den Willen der Betroffenen möglich sind, sofern diese ein jährliches Bruttoeinkommen von 24 000 € zur Selbständigkeit erwirtschaften.

Meine Damen und Herren! Unabhängig von einer möglichen Diskussion um die Zusammenlegung von Sozialversicherungseinrichtungen hier einige Grundsätze von meiner Seite: Im Bereich der Sozialversicherung gibt es das Prinzip der Pflichtversicherung. Dies tritt bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen unabhängig vom Willen der betroffenen Person in Kraft. Das bedeutet das Entstehen eines Versicherungsverhältnisses kraft Gesetzes, das unabhängig vom Willen des Versicherten und der Versicherungsträger stattfindet. Der Gesetzgeber ordnet weiters bestimmte Personengruppen den entsprechenden Sozialversicherungsträgern zu.

Wahlmöglichkeiten zwischen Versicherungsträgern würden zwangsläufig zu Verschlechterungen für Personen mit hohem Risiko führen, wie alten und chronisch kranken Personen. Junge und gesunde Menschen würden von dem Versicherungsträger umworben werden, alte und kranke Menschen würden an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es geht jetzt darum, diesen in Rede stehenden Tagesordnungspunkt auch zur Abstimmung zu bringen. Von unserer Seite wird es dazu keine Zustimmung geben. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

16.56

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Doppler. – Bitte.